Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

11. Dezember 1949

Der Städtetag fordert:

ERP-Mittel für den Wohnungsbau

Heute fand der 5. Österreichische Städtetag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Michler, Bregenz, und Vizebürgermeister Honay seinen Abschluss. An der Sitzung nahm auch diesmal der Generalsekretär des Internationalen Städtebundes, Arkems, teil.

In einem grossangelegten Referat sprach der Linzer Bürgermeister Dr. Koref über das Wohnungsproblem und die Gemeinden. Nach einem geschichtlichen Überblick über die Wohnungssituation in Österreich führte der Referent vor Augen, dass das Wohnungsproblem als Folge des 2. Weltkrieges ein Weltproblem geworden ist. Kanada mit 12 1/2 Millionen Einwohnern hat um 600.000 Wohnungen zu wenig, in Belgien, das 8.4 Millionen Einwohnern zählt, fehlen 300.000 Wohnungen, in Holland fehlen bei 8.1 Millionen Einwohnern 300.000 Häuser und in Österreich mit knapp 7. Millionen Einwohnern gibt es um 300.000 Wohnungen zuwenig.

Bürgermeister Dr. Koref veranschaulichte an dem Beispiel der Stadt Linz die schwierige Situation des Wohnungswesens in Österreich. Die Einwohnerzahl von Linz ist in wenigen Jahren von 120.000 auf 180.000 gestiegen. Ein Kapital von 2 Milliarden Schilling wäre notwendig, um die Verhältnisse in Linz in absehbarer Zeit erträglich zu gestalten. Jede dritte Familie in dieser Stadt ist wohnungslos. Dazu kommt noch das Problem der hygienisch unzureichenden alten Wohnungen. Angesichts dieser Tatsachen wird es die Öffentlichkeit nur schwer begreifen, dass der Finanzminister aus den Ländern und Städten im Wege des Finanzausgleiches eine halbe Milliarde herausholen wollte und gleichzeitig die Steuern um 20 Prozent senken will. Jede Sozialpolitik wird zuschanden, wenn hier nicht nach dem Rechten gesehen wird.

Bürgermeister Dr. Koref führte besonders drei Momente an, die bei der Lösung des Wohnungsproblems massgebend sein werden:

Denjenigen, die so glücklich sind, eine eigene Wohnung zu besitzen, wird es auf die Dauer nicht erspart bleiben können, zu gewissen Opfern herangezogen zu werden. Auch die Landbevölkerung, die den Krieg unter weitaus günstigeren Umständen überstanden hat, wird im gegebenen Zeitpunkt zu einem Notopfer bereit sein müssen. Schliesslich ist auch der Mietzinsschutz (nicht der Mieterschutz) nur dann gerechtfertigt, wenn er allen Schutzbedürftigen in gleicher Weise gerecht wird.

Der Referent betonte, wenn sich die Demokratie als nicht mutig genug oder nicht fähig erweisen sollte, das Wohnungsproblem zu lösen, dann dürfe sich niemand wundern, wenn das Vertrauen zu ihr erschüttert wird.

Das österreichische Volk wird um eine grosszügige Inangriffnahme des Wohnungsproblems nicht herumkommen, wenn nicht ein Sinken des allgemeinen Lebensstandards eintreten soll.

Zur Lösung dieses schwierigen Problems gab der Referent verschiedene Anregungen. Es müsste möglich sein, eine Baukostensenkung durch Rationalisierung, Typisierung, Leistungssteigerung und Serienherstellung zu erreichen. Vor allem aber müssten ERP-Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Daneben müssten für alle Bauwilligen Begünstigungen und Förderung durch Steuererleichterungen gewährt werden.

Bürgermeister Dr. Koref betonte zum Abschluss seines mit grossem Beifall aufgenommenen Referates, er hoffe, dass Österreich nach Abschluss des Marshall-Planes aus eigener Kraft eigene Wege zu gehen imstande sein wird.

In der Debatte sprach Stadtrat Dr. Greiter (Innsbruck), der sich vor allem für die Förderung des Spargedankens und der privaten Bautätigkeit einsetzte. Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker gab Anregungen für die Novellierung des Wohnhauswiederaufbaugesetzes. Stadtrat Dkfm. Nathschläger sprach sich im Sinn der Erklärungen des Referenten für eine grosszügige Lösung des Wohnungsproblems aus. Vizebürgermeister Dr. Steingötter (St.Pölten) verlangte eine Wohnbausteuer ähnlich der der Stadt Wien in den Jahren des sozialen Wohnhausbaues.

Der Österreichische Städtebund nahm daraufhin einstimmig folgende Resolution an: "Der 5. Österreichische Städtetag lenkt neuerlich die Aufmerksamkeit von Regierung, Parlament und politischen Parteien auf die katastrophale Wohnungsnot in den Städten

und Industriegemeinden. Das Problem der Wohnraumbeschaffung ist gegenwärtig jenes Problem, das die Gemeinden am schwersten bedrückt, weil die wohnungslose Bevölkerung von ihnen Abhilfe verlangt und die Gemeinden mit eigenen Mitteln der ihnen auf diesem Gebiete entgegentretenden Aufgabe nicht Herr zu werden vermögen.

Der 5. Österreichische Städtetag fordert daher die Bereitstellung wirklich ausreichender Mittel für den Wohnungsbau. Er stellt fest, dass der im Bundesvoranschlag 1950 für den Bundeswohn- und Siedlungsfonds in Aussicht genommene Betrag völlig unzureichend ist. Vor allem müssten auch namhafte Mittel aus dem ERP.-Fonds dem Wohnungsbau zugeführt werden.

Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird dringend auch eine Novellierung des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes empfohlen. Das Sekretariat des Städtebundes wird beauftragt, entsprechende Entwürfe auszuarbeiten und den zuständigen Ministerien zu überreichen."

Im weiteren Verlauf der Tagung referierte Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker über eine Musterbauordnung und über die Landesplanung, wobei er besonders auf die Notwendigkeit gesetzlicher Enteignungsbestimmungen zur Bodenbeschaffung hinwies. Seine Ausführungen wurden vom Städtebund zustimmend zur Kenntnis genommen.

Schliesslich lag noch ein von Direktor Dipl.Ing. Pröbsting gestellter Antrag vor, der die allmähliche Überleitung der privaten Bestattungen in die Gemeindebestattung im Sinne Dr.Luegers verlangt. Der Antrag wurde angenommen.

Die Schlussansprache hielt Bürgermeister Dr. Speck, Graz. Er stellte fest, dass sich der Städtebund in den Jahren seines Bestehens im öffentlichen Leben durchgesetzt hat. Er sprach den Vertretern der Städte, die ihre Kraft im Interesse des Städtebundes eingesetzt haben sowie dem Sekretariat und den Beamten der österreichischen Städte seinen Dank für ihre geleistete Arbeit aus. Besonders dankte der Bürgermeister dem Generalsekretär des Internationalen Städtebundes für seine Anwesenheit bei der Tagung.

Morgen halten noch der Kulturausschuss, der Ausschuss zur Ausarbeitung einer Personalvertretungsvorlage und der Rationalisierungsausschuss eine Sitzung ab.